

Bericht über die Tagung „Evangelische Freikirchen in der DDR“^{*}

Cornelia von Ruthendorf-Przewoski

Die Veranstalter hatten sich zum Ziel gesetzt, aus wissenschaftlicher Perspektive einen Impuls zu möglichen Bearbeitungsthemen der bisher wenig erforschten evangelischen Freikirchen in der DDR zu geben, für die je innerkirchliche Sicht Akzente zur Aufarbeitung zu setzen und in eine multiperspektivische Diskussion einzutreten. Um dies zu ermöglichen, wurde mit der Methodik von je einem Impulsvortrag aus wissenschaftlichem Blickwinkel und einer darauf antwortenden Response aus kirchlicher Perspektive sowie einer sich anschließenden Diskussion gearbeitet. In den Blick genommen wurden die Herrnhuter Brüdergemeine, die evangelisch-methodistische Kirche, der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR (Baptisten) und die Adventisten. Ein Abschlussplenum galt der Ergebnissicherung.

Im Einführungsvortrag „Übersehen? Die Freikirchen in der DDR in der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung“, legte *Klaus Fitschen*, Leipzig, anhand eines Forschungsüberblicks dar, wie wenig die Freikirchen in der DDR-Zeitgeschichte im Blickfeld sind. Ein Grund dafür liegt in der Begriffsdefinition Protestantismus. Oft wird allein der landeskirchliche Protestantismus darunter betrachtet. So sind die Freikirchen kein integraler Bestandteil der kirchlichen Zeitgeschichte, außerhalb der Freikirchen selbst. Dabei ist jedoch zu beachten, dass für die Kirchengeschichtsschreibung der DDR die Freikirchen schon deshalb wichtig sind, weil die innerökumenischen Beziehungen aufgrund größeren äußeren Drucks im Vergleich zu Westdeutschland eher begannen, schneller wuchsen und sich stärker ineinander verzahnten. Zentrales Thema der wenigen Publikationen über die Freikirchen war die Aufarbeitung und Sicherung der eigenen Geschichte im Sozialismus. Die Freikirchen galten als loyale Minderheitenkirchen. Hinzu trat mit der Stasi-Debatte eine oft apologetische Institutionengeschichte. Als Grundproblem der Freikirchen arbeitete Fit-

* Evangelische Akademie Thüringen, Neudietendorf (28. bis 29. November 2014).

schen das Apolitische als solches, d. h. einen nicht vorhandenen politischen Standpunkt heraus. Daneben spielte die Frage der Herausbildung einer eigenen Identität der jeweiligen Kirche während der DDR-Zeit und deren Verlusterfahrung nach der jeweiligen Wiedervereinigung mit westdeutschen Kirchen und Bünden, eine Rolle.

In einer ersten Diskussionsrunde wurde die Auswahl der vier im Zentrum der Tagung stehenden Freikirchen in Frage gestellt und als Fehlstelle die Neuapostolische Kirche benannt. Auf die Frage, ob die DDR-Kirchengeschichte – insgesamt betrachtet – nicht doch ausgeforscht sei, betonte Fitschen, dass sich soziale Entitäten schon um ihrer Identität willen mit ihrer Geschichte befassen müssten. Wichtig sei dabei proaktiv zu werden, anstatt sich Diskurse aufnötigen zu lassen. Die Frage der Aufarbeitung ist jedoch begrenzt durch den Mangel an Quellen. Durch die Tagung zog sich von Beginn die Betonung der Besonderheit ökumenischer Beziehungen und gleichzeitig deren kritische Hinterfragung – so, ob es nicht doch eine hoheitliche und eine Basisökumene unterschiedlicher Zielsetzung und Ausprägung in der DDR gegeben habe.

In einem ersten Impulsvortrag „Legitimation und Tradition. Die Herrnhuter Brüdergemeine in der DDR“ stellte *Hedwig Richter*, Greifswald, zentrale Thesen ihrer bereits 2009 veröffentlichten Dissertation vor. Richters These ist, dass die Anpassungsleistung der Herrnhuter darin bestand, virtuos mit ihrer eigenen Tradition umzugehen, diese neu zu formulieren und so durch ungewöhnliche Flexibilität der Tradition, Legitimität sowohl unter den eigenen Mitgliedern als auch beim Staat zu schaffen. Richter greift dabei auf das Konzept von Philipp Sarasin zurück, nach welchem die Tradition einer Gruppe ihr kulturelles Kapital ist, und die Fähigkeit zur flexiblen Anwendung desselben eine Überlebensstrategie. Richter führte diese These an einigen Beispielen aus. So seien die Herrnhuter in der NS-Zeit nicht durch Pazifismus hervorgetreten, haben sich jedoch seit den 1950ern erfolgreich als Friedenskirche etabliert. Indem die Herrnhuter Texte von Comenius neu entdeckten und hierüber ein pazifistisches Narrativ konstruierten, habe Mission sogar als solidarischer Beitrag für den Weltfrieden gedeutet werden können. Aus einer im kolonialen Herrschaftsdiskurs des 19. Jahrhunderts verhafteten Missionsarbeit sei über den Umweg der Internationalität die Ökumene zum zentralen Pfeiler ihres Selbstverständnisses geworden.

Intern ginge es den Herrnhutern um die Gewinnung von Menschen für das Evangelium. Aus der erfolgreichen Neuformulierung des vorher nicht zentralen theologischen Konzepts von Demut, entwickelte sich ein beeindruckendes diakonisches Engagement. Dieses sei stellenweise durch den Staat propagandistisch vereinnahmt worden. Letztendlich seien die Herrnhuter weniger angepasst als andere Freikirchen gewesen, ihre relative Unabhängigkeit verdankten sie – so Richter – der engen Verbundenheit mit den Landeskirchen.

In der Response durch Pfarrer *Frieder Vollprecht*, Bad Boll, konzentrierte sich dieser auf die Frage von Traditionsanpassung und -erfindung. Konstitutiv für das Überleben jeder Gruppe sei die Fähigkeit, sich auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen einzustellen. Entscheidend sei, ob eine Gruppe dabei ihrer Tradition treu, d. h. erkennbar bleibe oder auf Kosten von Selbstverleugnung und Traditionsumbildung überlebe. So habe die Unität tatsächlich auf Traditionen zurückgegriffen, die teilweise bis ins 15. Jahrhundert zurückreichten. Doch sei die Betonung der Friedenstradition keine Überlebensstrategie im Sinne des DDR-Friedensstaates, sondern eine Abkehr vom NS-Staat gewesen. Bereits Comenius und Zinzendorf gelten als Vorreiter von Ökumene und Internationalität. Auf den sozialen Bereich sei ausgewichen worden, weil der Bildungsbereich verschlossen war. Theologisch habe man aufgrund der unitätseigenen Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft Anschluss an den BEK gehalten und keine eigenen Verlautbarungen verfasst. Vollprechts Fazit ist, dass es keine spektakulären Brüche gab und sich die Unität – bei aller Kritik im Einzelfall – nicht neu erfinden musste.

In der Diskussion zeigte sich die Notwendigkeit nach klaren Begriffsklärungen von Reformulierung bzw. Neuformulierung von Tradition und Traditionsabbruch, um Missverständnissen vorzubeugen. Zur Debatte standen die Modulierungsbreite von Tradition und die Authentizität bei der Betonung vernachlässigter Traditionspunkte. Auf die Frage, wie eine Traditionsremodulierung praktisch in den Gemeinden vorstellbar sei, antwortete Richter, dass Lippenbekenntnisse sich im Verlauf von Jahrzehnten zu Überzeugungen wandeln können. Weiterhin wurde die Schwierigkeit deutlich, Indikatoren für stärkere oder schwächere Anpassung zwischen den Freikirchen zu entwickeln. Die Herausforderung besteht darin, nicht moralisierende Geschichte zu treiben. Die Dissertation von Richter ist umstritten,

unbestritten ist, dass diese einen fruchtbaren Diskussionsprozess in der Unität evozierte.

Einen zweiten Impulsvortrag hielt *Michael Wetzel*, Zwönitz, über „Die Evangelisch-methodistische Kirche in der DDR“. Er diagnostizierte einen Rückstand der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) bei der Aufarbeitung. Für die staatliche Kirchenpolitik zählte die EmK wegen ihrer internationalen Verbindungen und ihres historisch spannungsvollen Verhältnisses zu den Landeskirchen zu den interessanteren Kirchen. Als staatlich gleichberechtigte Denomination anerkannt zu sein, war ein Fortschritt für die EmK. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) 1948 bildete mit den Jahren ein wichtiges Gegengewicht zu staatlichen Differenzierungsversuchen. Gesamtdeutsche kirchliche Strukturen wurden zunehmend behindert. Gemeindlich wurde ein Rückzug in die privat-religiöse Innerlichkeit gepflegt, wobei die stille Loyalität dem Staat nicht reichte. Er forderte ein öffentliches Bekenntnis zur DDR. Nachdem in St. Louis (USA) durch die Generalkonferenz der EmK der Antrag auf Verselbständigung der Kirche genehmigt wurde, wurde 1970 ein eigener Bischof eingeführt. In der Kirche gab es die Bandbreite vom Willen zur Gestaltung des Sozialismus, wie z. B. durch den Sekretär des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der DDR Carl Ordnung, bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung offener Jugendarbeit in Weimar in den 1980er Jahren. Kirchenrepräsentanten schlugen den Weg interner Gespräche ein. Als Grundlinie in der EmK sei Loyalität erkennbar. In seinem Fazit hielt Wetzel fest, dass widerständige theologische Konzepte nicht entwickelt worden seien, es häufige Versuche politischer Instrumentalisierung der internationalen Beziehungen gegeben habe, dass die Beteiligung der EmK an der Ökumene wertvolle Impulse setzte, sich über die Zeit unterschiedliche Formen von Gemeindearbeit entwickelten und es an differenzierten Studien zur jüngsten Geschichte der EmK fehle.

Karl Heinz Voigt, Bremen, ordnete das Verhalten der Freikirchen in der DDR in deren historische Erfahrungen ein. Im Unterschied zu den Landeskirchen lebten die Freikirchen zu Beginn ihrer Existenz in Deutschland in keinem ihnen freundlich gesinnten Staat. Bis 1945 seien sie über weite Strecken vom Staat und den großen Kirchen aus der Gesellschaft ausgeschlossen gewesen. Aus dieser Perspektive

konnte die staatliche Gleichbehandlung in der DDR mit den anderen Kirchen als Chance begriffen werden, z. B. um kirchliche Gebäude zu errichten. Voigt ging so weit zu sagen, dass die ökumenischen Kontakte und die Gespräche mit staatlichen Stellen durch kirchliche Vertreter zu „umgekehrter Instrumentalisierung“ genutzt werden konnten.

Die Diskussion zeigte das ungenügende Wissen über die Strukturen der je anderen Kirchen. Umstritten war, inwieweit die Vorstellung einer umgekehrten Instrumentalisierung Hybris ist. Ähnlich wie in den Landeskirchen habe es nach der NZ-Zeit nur in der obersten Leitungsebene personelle Diskontinuität gegeben. Als eine Möglichkeit das Verhalten einer Kirche in der DDR zu konkretisieren, wurde die Wehrpflicht und die Militarisierung der DDR-Gesellschaft genannt. So war die Zahl der Bausoldaten bei allen Freikirchen höher als in den Landeskirchen. Ob sich Muster im Handeln unterschiedlicher Akteure wie z. B. Leitung, Basis oder Regionen abbilden lassen, oder ob es Widerständigkeit gab, konnte bei derzeitigem Forschungsstand nicht geklärt werden. Man habe versucht, Carl Ordnung auf der jährlichen Konferenz mit einzubeziehen, ohne ihm bestimmenden Einfluss zuzubilligen. In den 1960er bis 1980er Jahren sei zwischen Landeskirchen und Freikirchen eine Gemeinschaft gewachsen. Als Höhepunkt dieser Entwicklung charakterisierte Bischof i. R. *Rüdiger Minor* die Ökumenische Versammlung 1989.

Andrea Strübind, Oldenburg, zeichnete in ihrem Impulsvortrag „Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR (Baptisten)“ den Weg der Baptisten hin zu einer etablierten Minderheitenkirche in der DDR nach, die in staatlichen Quellen stets als loyal beschrieben wurde. Die staatliche Freikirchenpolitik zielte auf Instrumentalisierung der Freikirchen gegen die Landeskirchen, auf propagandistische Ausnutzung gegenüber dem westlichen Ausland, auf erzwungene Politisierung durch aktive Loyalität sowie auf Überwachung und Einflussnahme in den Freikirchen. Konfliktfelder ergaben sich in der Diakonie und der Jugendarbeit. Zunächst sei in den baptistischen Gemeinden die traditionelle Tendenz zur gesellschaftlichen Abgrenzung und Konzentration auf Mission des Einzelnen bestimmend gewesen. Der neu entstandene religiöse Freiraum wurde genossen. Wie staatliche Instrumentalisierung funktionierte, werde am Kongress der Europäisch-Baptistischen-Förderer (EBF)

1958 in der DDR deutlich. In einer Phase verstärkten staatlichen Drucks auf die Landeskirchen durfte hier ein unpolitisches Christentum seine Freiheit feiern. Durch die Gründung der ACK und die ökumenische Einbindung des BEFG wurde die politische Instrumentalisierung abgeschwächt. In der Wehrdebatte gab es keine Richtlinien. In den 1970er und 1980er Jahren schlug sich das loyale Verhalten in staatlichen Genehmigungen nieder. Vorwiegend in der jüngeren Generation kam es zu Engagement in der Friedens- und Umweltbewegung, wobei ein Auseinanderdriften der offiziellen Verantwortungsträger und der Gemeindebasis zu beobachten ist. Wichtig war die Teilnahme am Konziliaren Prozess.

Reinhard Assmann, Berlin, erläuterte in seiner Response, dass für die baptistische Grundprägung Mission der Schlüsselbegriff sei. In Hinblick auf das Verhältnis zum DDR-Staat bedeutete das, dass selbst diesem Loyalität galt, solange er Mission nicht verbot. Die vielgestaltige missionarische Arbeit löste staatlicherseits kaum Repressionen aus. Da der Missionsauftrag auf das Individuum gerichtet war – zuerst sollte der Mensch verändert werden, nicht das System – wirkte dieser systemstabilisierend. Durch die Arbeit in der ACK wurde Misstrauen anderen Kirchen gegenüber abgebaut. In der Theologie ist ein strukturelles Grundproblem die kongregationalistische Ausprägung der autonomen Gemeinden. Durch den konziliaren Prozess entwickelte sich das Missionsverständnis. So gehe es nicht nur um individualistisches Heil, sondern um den Auftrag für diese Welt. In Antwort auf die Texte der Ökumenischen Versammlung wurde 1991 festgestellt, dass die eigene Frömmigkeit kaum Weltwirkung erzielt hat.

In der Diskussion wurde aus der Außenperspektive davor gewarnt, sich in der Selbstschau als Opfer und passive Objekte zu stilisieren, weil dies verhindere, Strukturen von Mitläufertum und staatlicher Instrumentalisierung sowie vernachlässigtem Eintreten für elementare Menschenrechte zu durchschauen. Auch in der NS-Zeit wurde ein Staat toleriert, der andere verfolgt, solange individuelle Mission möglich war. Historische Linien dazu ließen sich bis ins 19. Jahrhundert ziehen, wo Freikirchen Taktiken der Akkommodation lernten, um in benachteiligender Umgebung zu überleben. Erstaunlich bleibt dabei, dass der Kampf für Glaubens- und Gewissensfreiheit als baptistisches Erbe in Deutschland keinen Niederschlag fand. Ob die demonstrative

Loyalität der Leitung das Leben der örtlichen Gemeinden erleichterte, ist genauso wenig untersucht, wie die Aufarbeitung des Einflusses sogenannter progressiver Kräfte, das Ausmaß an Benachteiligungen im Bildungsbereich, Versuche von Ideologiekritik oder der Beitrag von Baptisten zur Friedlichen Revolution.

Johannes Hartlapp, Friedensau, eröffnete seinen Impulsvortrag „Die Adventisten in der DDR“ mit der Aussage, dass für Adventisten aufgrund ihres Verständnisses als eschatologischer Gemeinschaft der Blick zurück eigentlich nicht wichtig sei. Nach 1945 seien sie in die innere Emigration gegangen. Es gab starke personelle Kontinuitäten zur NS-Zeit. Erst mit der Gründung einer eigenständigen Union der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR 1974 wurde eine Öffnung zur weltweiten adventistischen Kirche wieder möglich. Bereits Mitte der 1970er Jahre vertrat man die Auffassung, gleichzeitig Glieder der Gemeinschaft Christi und Bürger im sozialistischen Staat zu sein. Adventisten fanden sich dabei weniger in Blockparteien als in den Massenorganisationen wieder. Im ökumenischen Bereich knüpften die Adventisten bereits Ende 1950er Kontakte mit anderen Kirchen in der DDR, da man sich in vergleichbarer Situation sah. Wichtiger Ort theologischen Lernens und ökumenischer Begegnung war Friedensau. Mit Gaststatus nahmen die Adventisten an der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) teil und arbeiteten 1988/1989 in der Ökumenischen Versammlung mit. Für die Adventisten spielte die Sabbatheiligung als Identitymarker eine außergewöhnliche Rolle, an dem sich Widerstand entzünden konnte. Die gemeinsamen Erfahrungen der Bausoldaten wurden für das ökumenische Miteinander wichtig. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Adventisten aufgrund ihrer großen politischen Naivität vielfach vom Staat missbrauchen ließen. In den gewonnenen ökumenischen Verbindungen sieht Hartlapp ein erhaltenswertes Erbe aus der DDR-Zeit.

Patrick Wagner, Halle, antwortete in seiner Response aus historischer Perspektive einer Systemtheorie. Phänomene wie Freikirchen seien hochinteressant, weil sie hinreichend klein seien, um sie analytisch durchdringen zu können, zu klein seien, um für den Staat interessant bzw. gefährlich zu sein und strukturierter seien als andere gesellschaftliche Subsysteme. Daraus ergebe sich ein hohes Potential für Vergleiche. Z. B. sehe er bei allen Freikirchen das staatliche Ver-

langen nach aktiver Loyalität, welches auf die Wahrheitskriterien (das Evangelium) der Kirchen zielte. Dies führte zu unterschiedlichen Antwortvariationen: Traditionalisierung oder Öffnung. Für Wagner ergeben sich zwei Grundfragen: 1. Wie kann Kirchengeschichte als Geschichte der Gemeindeglieder geschrieben werden? 2. Wie können nicht rationalisierbare Elemente wie religiöse Bedürfnisse, Religion als Gefühlsphänomen etc. erforscht werden?

In der Diskussion wurde die adventistisch unpolitische Frömmigkeit stärker herausgearbeitet. Die starke eschatologische Grundhaltung überblendete andere mögliche Deutungen des Lebensumfeldes. So habe es z. B. keine Reflektion auf die Situation als Märtyrergruppe in der NS-Zeit gegeben und keine Deutung der Offenbarung auf den aktuellen Kontext in der DDR. Der Anteil der Bausoldaten unter den Adventisten war aus nonkombatanter Haltung besonders hoch. 1989 beteiligten sich einige Gemeinden mehr – wie die Leipziger – andere weniger. Besonders sei, dass es eine bestimmte ostdeutsche adventistische Identität gegeben habe, die sich in einem stärkeren ökumenischen Miteinander zeigte. Nach 1990 kam es darüber zu Spannungen mit süddeutschen adventistischen Gemeinden. Überlegt wurde, ob die wachsende Ökumene auch einen Verlust an Pluralität bedeuten kann.

Die abschließende Einheit „Die evangelischen Freikirchen in der DDR“, ein Resümee, wurde durch einen Impulsvortrag von *Immanuel Baumann*, Halle, eingeleitet. Vergleichend stellte Baumann fest, dass alle Vortragenden den jeweiligen Freikirchen eine grundsätzliche – wenn auch unterschiedlich ausgeprägte – Loyalität bescheinigten. Ebenso waren alle Freikirchen im internationalen Raum tätig und aktiv an der Ökumenischen Versammlung 1988/1989 beteiligt. In der Theologie beobachtete Baumann wenig Widerstandspotential. Zu untersuchen bleibe, z. B. inwieweit die theologischen Standpunkte der Freikirchen mit der landeskirchlichen Formel „Kirche im Sozialismus“ kongruent sind. Methodisch bleibt die Anwendbarkeit des durch Eric Hobsbawm und Terence Ranger eingeführten Konzepts des Erfindens von Traditionen zu überlegen. Wird Tradition als Handlungsmasse verstanden, stellt sich die Frage, inwieweit diese als intentional gesteuerter Prozess aktiv eingesetzt wurde und inwieweit es sich um nichtbewusste Konstruktionen handelte? Außerdem bleiben historische Erfahrungen als Wirkmacht bestehen. Führten die

rechtliche Anerkennung der Freikirchen und die damit einhergehende Aufwertung zu größerer Loyalität dem Staat gegenüber? Interessant wäre hier ein Abgleich mit nicht etablierten, verbotenen Freikirchen in der DDR. Im methodologischen Impuls stellte Baumann mehrere Narrative zur Disposition, die nicht klar definiert seien. So sei z. B. beim Narrativ „Anpassung und Widerstand“ beide Begriffe zu unbestimmt. Es frage sich, ob nicht besser mit Konzepten wie Fügsamkeit (Alf Lüdtkke) oder Eigen-sinn (Thomas Lindenberger für die DDR) operiert werden solle. Notwendig sei stärker den Alltag und damit die mikrohistorische Ebene in den Blick zu nehmen, die auf gelungene Weise mit der Makroebene verzahnt werden müsse. Abschließend stellte Baumann zwei Fragen: 1. Inwieweit erzeugten freikirchliche Ansätze normative Differenz in der sozialen Praxis, wie z. B. Bausoldaten, Jugendweihe? 2. Was lehrt uns der Blick auf die Freikirchen jenseits ihrer quantitativen Dimension über die DDR?

Die abschließende Podiumsdiskussion, die von *Michael Haspel*, Neudietendorf, moderiert wurde, öffnete den Horizont auf mögliche Anknüpfungspunkte. Auf die Frage nach neu gewonnenen Aspekten, antwortete *Walter Fleischmann-Bisten*, Bensheim, dass ihm noch nie so klar geworden sei, welche Chance die Landeskirchen 1990 verpasst hätten, ihre Erfahrungen aus dem ganz anderen kirchlichen System in der DDR für neue Strukturen zu nutzen. Deutlicher stünde ihm auch die besondere ostdeutsche ökumenische Situation vor Augen. *Klaus Fitschen* hob hervor, dass die Fragen zur deutschen Einheit sehr unterschiedlich gesehen würden und wichtig sei, die soziale Wirklichkeit auf Gemeindeebene einzufangen. Auf Haspels Frage nach einer apologetischen Haltung der Freikirchen, erläuterte *Reinhard Assmann*, dass Freikirchen tatsächlich aufgrund ihres Minderheitenstatus' zur Apologie neigten. Deswegen seien der Blick von außen und eine gewisse Distanz wichtig. *Patrick Wagner* antwortete auf die Frage nach Impulsen für die Profangeschichte, dass zunächst eine höhere Akzeptanz für die je verschiedenen Ansätze von Kirchen- und Allgemeinhistorikern nötig sei. Sodann sei eine zeitliche Überwindung der Zäsur 1990 erforderlich, um Kontinuitäten wie Diskontinuitäten aufzeigen zu können. Ebenso notwendig sei es, den Alltag und gesellschaftliche Aspekte in den Blick zu nehmen. Assmann fragte nach dem Verbleib von DDR-Identitäten und Defiziten bei den Vereinigungsprozessen. Abschließend mahnte Fitschen eine theologische

Fundierung des viel gebrauchten Freiheitsbegriffs an und verknüpfte dies mit der Identitätsfrage, die es auf heute zu applizieren gelte.

Fazit: Mit der Aufnahme des Forschungsgegenstandes der Freikirchen zeigte die Tagung ein Forschungsdesiderat in dem sonst gut erforschten Bereich der DDR-Geschichtsschreibung auf. Erforderlich sind:

1. Komparatistische Arbeiten (verschiedene Kirchen, Landeskirchen, religiöse Gemeinschaften, jeweilige Leitungs- und Basisebenen);
2. Biografische Arbeiten (Handlungsakteure wie z. B. rote Pastoren in ihren lebensgeschichtlichen Hintergründen);
3. Stärkere Kontextualisierung und Mentalitätsgeschichte (vom 19. Jahrhundert über die Schwelle von 1990 hinaus);
4. Identitätsfrage (Gab es eine spezifisch ostdeutsche kirchliche Identität? Wenn ja, worin äußerte sie sich? Gibt es Auswirkungen auf heutiges kirchliches Handeln?);
5. Verzahnung von Mikro- und Makrohistorie (christlicher Alltag, z. B.: Unterstützte demonstrative Loyalität die Gemeindegarbeit oder behinderte sie diese?).